

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Dr. Joseph, erteilt Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturken hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. *Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postkto-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 166

Altensteig, Dienstag den 19. Juli 1932

55. Jahrgang

Scharfe Angriffe Dr. Göbbels gegen das Reichskabinett

Potsdam, 18. Juli. In einer von etwa 5000 Personen besetzten Kundgebung der NSDAP im Potsdamer Stadion wandte sich Dr. Goebbels nach einem Rückblick über die Arbeit seiner Partei in den letzten zwölf Jahren und Vorwürfen gegen die nach seiner Ansicht „rein mechanischen Regierungsmethoden“ des Kabinetts Erklärung, die in allem nur immer die Ausdrucksform, nicht aber die wahre Ursache unseres Unfalls bekämpft hätten, auch heftig gegen die Regierung von Papen. In seinen Augen seien auch diese Männer nicht als Kabinett der „nationalen Konzentration“, sondern als „Schwächelkabinett“ — gemessen an ihren inner- und außenpolitischen Erfolgen der letzten sechs Wochen zu bezeichnen. Auch das Kabinett von Papen müsse fort, um den Beauftragten Adolf Hitlers Platz zu machen. Zum Schluss geißelte der wiederholt von lautem Beifall unterbrochene Redner den Aufzug von 30 Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf. Selbst „eine Partei“ sei schon beinahe zu viel, da es einsig und allein um das Wohl und Wehe des gesamten deutschen Volkes gehe, das nicht wie bisher durch den Dader der Klassen, Stände und Konfessionen zerrissen werden dürfe.

Herriot der Säuscher

Lausanne nur provisorisch

Paris, 18. Juli. In der Nachtstunde der Kammer fragte der Abgeordnete Louis Raizin, ob Herriot nicht vor der Vertagung des Parlaments Aufklärung über die Lausanner Konferenz geben wolle. Herriot erwiderte, die Lausanner Konferenz sei nur provisorisch. Sie hänge von befriedigenden Ergebnissen der Schuldenregelung mit Amerika ab. Also seien die Rechte des Parlaments gewahrt worden. Was die Pauschalsumme von 3 Milliarden betreffe, so sei dies immerhin ein Ergebnis, wenn man bedenke, daß Deutschland sich auf seine Zahlungsunfähigkeit berufen habe. Das französische Volk sei der Auffassung, daß es nicht gerecht wäre, wenn Frankreich mehr zahlen sollte, als es erhalte.

Die Berliner Ansicht

Berlin, 18. Juli. Die Antwort, die der französische Ministerpräsident Herriot in der französischen Kammer gab, und in der er die Lausanner Regelung lediglich als Provisorium hinstellte, dessen Endgültigkeit von den Ergebnissen der Schuldenregelung mit Amerika abhängt, hat in den Berliner politischen Kreisen einiges Aufsehen erregt, ist es doch höchst merkwürdig, daß Herriot unmittelbar nach der Lausanner Konferenz, auf der man doch allseits bemüht war, die großen entscheidenden Fragen mit größtem Ernst zu bereinigen und sie einer endgültigen Lösung entgegenzuführen, nunmehr diesen Standpunkt einnimmt. Herriots Interpretation der Lausanner Konferenz läßt sich jedenfalls nach Ansicht der hiesigen Kreise nur schwerlich mit jenen Worten in Einklang bringen, die Herriot land, als es nach langen Bemühungen gelungen war, einen Abschluß der Konferenz zu erzielen. Ebenso steht seine Ansicht im vollen Widerspruch zu dem Standpunkt, der auf der Konferenz selber eingenommen wurde. Der Präsident der Lausanner Konferenz, Macdonald, erklärte in der Vollerversammlung vom 8. Juli ausdrücklich auf eine Anfrage des Reichspräsidenten, daß vor irgend welchen Maßnahmen eine neue Konferenz einberufen werden müßte. Diesen Standpunkt hat Macdonald erneut in seiner letzten Unterbausrede zum Ausdruck gebracht. In den hiesigen politischen Kreisen werden daher Herriots Äußerungen mit Bedauern aufgenommen, weil sie mit der in Lausanne so heil amklüfteten Linie der internationalen Politik nicht in Einklang zu bringen sind.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 15. Juli

Berlin, 18. Juli. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juli 1932 hat sich in der zweiten Julwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 124,8 Millionen auf 3497,8 Millionen RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenscheinen zusammen sind 78,0 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Die Bestände an Gold und bedungensfähigen Devisen haben sich um 53,3 Millionen auf 891,7 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 52,0 Millionen auf 754,1 Millionen RM. und die Bestände an bedungensfähigen Devisen von 1,3 Millionen auf 137,5 Millionen RM. abgenommen. Die Abnahme an Devisenmitteln ist in fast voller Höhe auf die Bereitstellung von Devisen für die bereits bekannte Teilrückzahlung auf den Ueberbrückungskredit des Reiches (See Higinson u. Co.) zurückzuführen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungensfähige Devisen beträgt 23,5 Prozent gegen 24,4 Prozent in der Vorwoche.

Allgemeines Demonstrationsverbot

Vor noch schärferen Maßnahmen — Der Reichspräsident zu den Zusammenstößen

Berlin, 18. Juli. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung soeben eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

Dazu wird noch halbamtlich bemerkt: Beim Erlass der Notverordnung, mit der das Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, war zum Ausdruck gekommen, daß der Wahlkampf sich in geordneten Bahnen bewegen würde. Die Erwartungen, die an den Erlass der Notverordnung geknüpft wurden, sind, wie die Reichsregierung feststellt, nicht eingetroffen, und die Vorkommnisse der letzten Tage, besonders in Altona, haben ihr Veranlassung gegeben, eine Verordnung zu erlassen, die auf dem Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni d. J. basiert und ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel vorsieht. Zugelassen im gesamten Reichsgebiet sind nur solche Versammlungen, die in fest umrindeten, für Dauerbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden, wobei der Besuch nur gegen Eintrittskarten zulässig ist, z. B. das Stadion im Grunewald usw. Nach Auffassung unabhängiger Stellen würde sich diese Bestimmung vor allem gegen die Kommunisten richten, die, wie auch die gestrigen Vorgänge in Altona bewiesen haben, dem Staat am meisten zu schaffen machen.

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist, und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. Die Reichsregierung wird nichts als nicht davon zurückstehen, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schusswaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schusswaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen. Solche Bestimmungen würden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die Strafgerichtsbarkeit wird die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderen Schnellverfahren, bei denen absolut die Mäßigkeit bestehen kann, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können. Die Absicht, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht. In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Anklagen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irrendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 18. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Auszüge erlassen.

Die Regierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Parteien des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes leben, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokatoren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Blätterstimmen zu den Maßnahmen der Reichsregierung

Berlin, 18. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das neue Demonstrationsverbot als erste Korrektur der Notverordnung vom 28. Juni und macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie ihre Geduld bis zur äußersten Grenze angespannt habe.

Der „Volkswagen“, der die Schuld für die dauernden Zusammenstöße bei der preussischen Regierung sieht, weil die Leitung der Polizei nicht die Kraft oder den Willen hat, dem Uebel an die Wurzel zu greifen, bemerkt, ob es der Reichsregierung gelingen wird, „im Benehmen mit den Landesregierungen“ die Ordnung wieder herzustellen. Es komme darauf an, wer der preussischen Polizei die richtigen Aufträge gibt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zweifelt, ob das Demonstrationsverbot ausreichen wird. Es gebe auch nach dem Demonstrationsverbot der Reichsregierung keinen hinreichenden Schutz für den Anmarsch der Versammlungsteilnehmer und das Uebel werde nicht an der Wurzel abgedeckt. Es untersteht keinem Zweifel, daß kommunistische Gruppen Waffen besitzen und davon auch der Polizei gegenüber Gebrauch machen, die verpflichtet sei, angemessene Anzüge zu schützen.

Die „Nachtausgabe“ hält die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung nicht für ausreichend, die Reichsregierung habe die Pflicht, schließlich dem Zustand ein Ende zu machen, das verschiedene Gebiete Preußens das Zentrum der wüsten Dege der antisozialistischen Organisationen gegen die gesamte Rechtsbewegung würden.

Die „Vossische Zeitung“ fordert außer dem Demonstrationsverbot auch das Uniformverbot.

Die „Germania“ warnt vor dem Spiel mit dem Gedanken an den allgemeinen Ausnahmezustand. Wenn die Reichsregierung Deutschland eine verhältnismäßige Ruhe wiedergeben wollte, die sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten durch die von ihr erlassenen Maßnahmen gefährdet habe, dann brauche sie nur dafür zu sorgen, daß die Uniformen wieder verschwinden und auch das gefährliche Demonstrationsrecht wieder in dem gebotenen Maße beschränkt werde.

Telegramm des Christlich-sozialen Volksdienstes

Stuttgart, 18. Juli. Der erste Reichsordnende des Christlich-sozialen Volksdienstes, Simonsbörler in Kornthal, hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg in Reudel folgendes Telegramm gerichtet: Mit Entsetzen und Entrüstung verfolgt die Leitung des Christlich-sozialen Volksdienstes die von Tag zu Tag sich steigende Verwilderung des politischen Kampfes, die Menschenleben über Menschenleben fordert, sowie eine völlige Vernichtung der Staatsautorität bedeutet und die das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande auf das schwerste schädigen muß, wenn nicht sofort Einhalt geboten wird. Wir bitten Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, dringend, der von Ihnen gegebenen Befehle alles zu tun, was in Ihrer Kraft steht, daß die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit als elementare Aufgabe des Staates in Deutschland wieder als gewährleistet gelten kann.

Sozialdemokratische Fraktion des Staatsrates fordert Uniformverbot

Berlin, 18. Juli. In preussischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einwirken solle, damit die Aufhebung des Uniformverbotes sofort rückgängig gemacht werde.

Trotz Versammlungsverbot Versuche zu Kundgebungen unter freiem Himmel in Berlin

Berlin, 18. Juli. Trotz des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel haben Angehörige verschiedener Parteien an mehreren Stellen der Stadt versucht, sich zusammenzutrotten und Umzüge zu veranstalten. Daran waren nicht nur Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern an einer Stelle auch Mitglieder der Eisernen Front beteiligt. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen, z. B. im Norden, in Moabit und Neukölln, in Steglitz und in Tegel. Einen heftigen Zusammenstoß hatte die Polizei am Andreas-Platz mit etwa 500 Kommunisten. Hier mußten die Beamten, da ihnen heftiger Widerstand entgegengekehrt wurde, mit dem Gummiknüppel vorgehen.

Der Reichspräsident zu den Zusammenstößen

Berlin, 19. Juli. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Moeller auf Äußerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die bezeugen, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Feigheit, Halbheit und Schwäche“ sich verberge. Gegenüber diesen Ausführungen erklärte Moeller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „feig“ erkläre.

Der Reichspräsident hat der „Vossischen Zeitung“ zufolge auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Moeller zu seinen Darlegungen veranlaßt haben. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburgs, „die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und, wenn tatsächlich diese politischen Zusammenstöße einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewöhnheit werden, nicht zögern, mit geeignet erscheinenden Maßnahmen einzugreifen.“

Die Nationalsozialisten und das Kabinett Papen

Berlin, 18. Juli. Auf einer Zentrumskundgebung in Kassel hatte am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Letterhaus angekündigt, daß die gesamte deutsche Zentrumspresse Material veröffentlicht werde, das einwandfrei den Nachweis dafür erbringt, daß die Nationalsozialisten dem Kabinett von Papen gegenüber gewisse politische Bindungen im Sinne einer Isolierung eingegangen seien, obwohl sie jetzt diese Bindungen abzuleugnen bestrebt seien. Dieser Ankündigung entsprechend veröffentlichte die „Germania“ in ihrer Morgenausgabe den Bericht über eine Besprechung, zu der Reichsfinanzminister von Papen am Mittwoch, den 8. Juni ds. Js., Vertreter der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags geladen hatte. Es handelte sich um die Frage der Regierungsbildung in Preußen. Für das Zentrum erschienen Minister Dietrich, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steeger und der Geschäftsführer Dr. Groß. Wie die „Germania“ erklärte, ist der von ihm zum ersten Mal in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung von den Zentrumsvertretern sofort nach der Sitzung in einem Protokoll festgehalten worden. Nach dieser Niederschrift legte Herr von Papen in der Besprechung dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit dem Reichspräsidenten verhandelt habe und dabei auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung zu verhandeln.

Die Bedingungen lauten:
 1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ministerien das Ministerpräsidium und das Innenministerium anzuerkennen.
 2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.
 Die „Germania“ fährt fort: Es erübrigt sich, im einzelnen darauf einzugehen.
 Von größter Bedeutung ist es aber für die angestrebte Beweiskraft, daß Herr von Papen erklärt hat, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die unter 2. angeführte Bedingung zu stellen, vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegfallen.
 Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu verfallen gewesen.

Zu den Altonaer Zusammenstößen

Das städtische Presseamt in Altona hat einen Bericht ausgeben, dem das Folgende zu entnehmen ist:
 Die Feuerüberfälle auf die Spitze des nationalsozialistischen Baus (etwa 800 bis 1000 Mann) ereigneten sich in dem gefährlichsten Bezirk nahe der Hamburger Grenze. Der erste Überfall geschah in der Breiten Straße. Eine Kirchenstraße, der zweite im Grund und der dritte in der Großen Johannesstraße. In dieser wurde Polizei eingesetzt. Die darnach folgende Umleitung des Zuges und seine Auflösung am Trestowplatz vollzog sich reibungslos. Nach dem Bericht des städtischen Presseamts sind 55 Personen ins Altonaer städtische Krankenhaus eingeliefert worden, darunter befinden sich neun Tote und 28 Schwerverletzte. Mehrere Personen konnten alsbald wieder entlassen werden. Von den Toten sind bisher sechs namentlich festgestellt; unter ihnen befindet sich eine Frau.

Besprechungen wegen der Zusammenstöße

Altona, 18. Juli. Der preussische Innenminister Severing, der am Sonntag in Kiel sprach, begab sich auf der Durchreise noch in der Nacht nach Altona, um wegen der blutigen Zusammenstöße eingehende Besprechungen mit den Polizeibehörden zu führen. Der Minister überzeugte sich an Ort und Stelle vom Stand der Ermittlungen und vom Umfang der Unruhen.

SA-Zug aus einer Gastwirtschaft in Friesland beschossen

Harich, 18. Juli. Gegen 1900 SA-Leute Ostfrieslands veranstalteten eine Demonstration und begaben sich dann auf Lastkraftwagen und Motorrädern zu einem weiteren Aufmarsch nach Norden. Bei dem Ort Victorbur wurden sie aus einer Gastwirtschaft beschossen. Fünf Nationalsozialisten wurden zum Teil schwer verletzt und mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Politische Zusammenstöße in und bei Kempten

Kempten (Allgäu), 18. Juli. In schweren politischen Zusammenstößen ist es im Vorort Kotteln gekommen. Als die Nationalsozialisten auf einem Marsch durch das Bezirksamt nach Kotteln kamen, waren dort bei der Tierschuhalle von den Kommunisten Barrikaden errichtet worden. Geschosse und Kesselstein waren quer über die Straße gelegt. Die Nationalsozialisten wurden mit Steinwürfen empfangen. Sämtliche Scheiben der Lastwagen wurden eingeworfen. Gendarmen und Polizei zog blank und ging gegen die Kommunisten vor, die gezwungen wurden, die Barrikaden selbst wegzuräumen. Am Königplatz in Kempten kam es neuerdings zu einem Zusammenstoß. Die Kommunisten bewarfen die Nationalsozialisten mit Steinen. Polizei ging mit dem Gummistock vor und nahm Verhaftungen vor.

Blutige Zusammenstöße in Wertingen

Augsburg, 18. Juli. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es am Sonntag in Wertingen in Schwaben zwischen Augsburger Kommunisten und Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Alar erlitt dabei einen erheblichen Schlag in den Unterleib. Auch ein Kommunist wurde erheblich verletzt.

Blutiger Kampf zwischen Kommunisten und SA-Leuten

Gießen, 18. Juli. Auf der Landstraße zwischen Dornberg nach Niederollheim spielte sich nachts ein furchtbarer schwerer Kampf zwischen Kommunisten und SA-Leuten ab. Die SA-Leute wurden auf dem Wege zu einer Kundgebung von Kommunisten, die ihre Anhänger aus der ganzen Umgegend zusammengezogen hatten, mit Revolvergeschüssen, Säbel- und Schlagwaffen empfangen. Zwölf SA-Leute wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Auch bei den Kommunisten gab es eine Anzahl Verletzte. Die erregten Bewohner der Umgegend zogen nach Niederollheim zu der Wohnung des kommunistischen Anführers Brünning, den sie in seiner Wohnung im Kleiderschrank versteckt, nur mit dem Hemd bekleidet, aber im Besitze eines Revolvers und eines Dolches antraten. Er wurde von der Menge so schwer mißhandelt, daß er in die Marburger Klinik übergeführt werden mußte.

Blutiges Wochenende in Berlin

Berlin, 18. Juli. Auch am Wochenende ist es in der Hauptstadt wieder zu politischen Zusammenstößen gekommen, bei denen leider Opfer zu beklagen sind. Der 23 Jahre alte Nationalsozialist Friedrich Schröder wurde, als er nachts mit mehreren Kameraden sich auf dem Heimwege befand, plötzlich aus dem Hinterhalt beschossen. Schröder brach schwer getroffen zusammen und starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Die Polizei nahm zwei Kommunisten unter dem dringenden Verdacht, am dem Mordfall beteiligt gewesen zu sein, fest. In Lichterberg wurde der 19jährige Radfahrer Lindenau von Nationalsozialisten durch Messerstiche schwer verletzt.

Kommunistischer Überfall auf Nationalsozialisten in Ennskirchen

Ennskirchen, 18. Juli. Auf dem Heimwege von einer nationalsozialistischen Kundgebung wurde gestern ein mit Nationalsozialisten besetzter Lastkraftwagen auf der Erstraße von Kommunisten aus dem Hinterhalt beschossen. Die Nationalsozialisten verfolgten die flüchtigen Schützen bis in deren Barackenwohnungen. Dort entspann sich ein heftiges Handgemenge, in dessen Verlauf die Wohnungseinrichtungen schwer beschädigt wurden. Die Polizei verhaftete etwa zehn Kommunisten und beschlagnahmte mehrere Waffen.

Ein Stahlhelmer niedergestochen

Krefeld, 19. Juli. Nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelmsheims auf dem Westwall kam es dabei zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmann wurde von einem jugendlichen durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Politische Zusammenstöße in Hindenburg

Hindenburg, 19. Juli. Nach einer Mitteilung der Polizeipressestelle kam es am Montagabend zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen zehn Reichsbannerleuten und sechs Kommunisten einerseits und etwa ebensovielen Nationalsozialisten andererseits, die angeblich die von den Reichsbannerleuten und Kommunisten bewachte Plakate der antisozialistischen Einheitsfront zu entfernen versuchten. Ein Kommunist erhielt eine leichte Messerstichwunde am Hinterkopf. Vier Nationalsozialisten wurden festgenommen und zwei Druckstöcke beschlagnahmt.

Rundfunkrede des Berliner Gauleiters der NSDAP

Berlin, 18. Juli. Im Berliner Rundfunk sprach heute abend der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Gobbels über das Thema: „Der Nationalcharakter als Grundlage der Nationalkultur“. Das 20. Jahrhundert, so führte Dr. Gobbels aus, sei das Jahrhundert der Masse, und nur eine Politik, die es versteht, Masse in Bewegung zu bringen und zu organisieren, werde in diesem Jahrhundert auf die Dauer erfolgreich sein können. Doch müsse die Masse geformt und ihr Willenswille dem Willen des führenden politischen Kopfes dienlich gemacht werden. Der Nationalsozialismus habe nicht den Ehrgeiz, sich den gegnerischen Parteien und Systemen verständlich zu machen. Verstehen brauche ihn nur das Volk. Deshalb sprächen die Nationalsozialisten in der Sprache des Volkes mit dem Ziele, eine wahre Volkserziehung der breiten Massen durchzuführen. Der demokratische Parlamentarismus sei charakterlos, weil er auf dem politischen Kompromiß beruhe, während der Charakter jedem Kompromiß abhold sei. Ein Volk besitze Nationalcharakter, wenn es von einem einheitlichen und unerschütterlichen nationalen Willen befeuert sei und diesen Willen Kompromiß- und einschränkunglos in der Welt durchzusetzen verusche. Auf dem Boden des deutschen Nationalcharakters, der Treue, Fleiß, Betriebsamkeit, Klugheit, Mut, Idealismus und Uneigennützigkeit bedeute, sei die deutsche Nationalkultur erblickt. Aber in die Bezirke deutscher Politik sei der kleine und berechnende Geschäftsverstand eingezogen, die staatspolitische Idee eines völligen Selbstbehauptungswillens sei überwuchert worden vom rechnerischen Verstande. Die liberale Idee von der sogenannten Freiheit der Menschen habe den Volksscharakter zerstückelt und aufgegeben. Das Zeitalter des Internationalismus neige sich seinem Ende zu. Der Nationalsozialismus habe erreicht, daß mit der Durchsetzung seiner neuen Volksidee auch ein neuer Volksscharakter entstanden sei. Der Nationalsozialismus habe längst die Fesseln der parlamentarisch-taktischen Gebundenheit gesprengt. Er sei zur Bewegung geworden und wolle seinen Charakter zum Nationalcharakter des deutschen Volkes machen.

Wahlergebnisse aus Rumänien

Bukarest, 18. Juli. Bisber sind etwa drei Viertel der Wahlergebnisse eingelaufen. Es ist anzunehmen, daß von den 357 Kammermandaten ungefähr 230 bis 240 auf die Regierungspartei entfallen. Die liberale Partei zählt mit etwa 35 bis 40 Sitzen. Georg Bratianu mit seiner Dissidenten-Liberalen Partei erhält wahrscheinlich 18 bis 20 Sitze. Die Bauernpartei Dr. Lupus dürfte ungefähr die gleiche Mandatszahl erlangen. Die Sozialdemokraten dürften ihre Mandatszahl auf 11 erhöhen. Die beiden rechtsradikalen Parteien, die Antifemitenliga und die Eisernen Garde, dürften etwa 8 Mandate erlangen haben. Die Anaristische Partei wird wahrscheinlich mit ungefähr 20 bis 22 Abgeordneten vertreten sein. Die Deutsche Partei, die mit der Regierung in Wahlartell war, dürfte 12 bis 16 Mandate erringen. Die Nationale Union (Gorga) wird im kommenden Parlament überhaupt nicht vertreten sein.

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Genf, 18. Juli. Mit den privaten Besprechungen, die am Montag mittag nach der Ankunft des französischen Militärpräsidenten zwischen den einzelnen Delegationen wieder begonnen haben, ist der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz in das letzte Stadium getreten. In einer Unterredung Herriot mit dem amerikanischen Delegierten wurde die Frage der Herabsetzung der Effektivitäten zu Lande, zu Wasser und zur Luft besprochen. Von amerikanischer Seite hört man, daß die Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben, doch soll Aussicht bestehen, daß man sich auf eine Formulierung einigt, die es gestattet, nach Vertagung der Konferenz die Frage weiter zu behandeln. Ferner hatte Herriot eine Unterredung mit Sir John Simon, in der, wie es scheint, die Frage der Beschränkung der Deeresausgaben eine Rolle gespielt hat.

Aufnahme der Türkei in den Völkerbund

Genf, 18. Juli. Die Türkei ist am Montag nachmittag in einer außerordentlichen öffentlichen Sondersversammlung als 56. Mitgliedsstaat in den Völkerbund aufgenommen worden.

Die Versammlung leitete der belgische Außenminister Domans. Von den teilnehmenden Staaten war Deutschland durch den Botschafter in Ankara, Radolnig, Frankreich durch Herriot, England durch Sir John Simon vertreten. Die Versammlung stimmte namentlich über den Zulassungsantrag ab mit dem Ergebnis, daß sämtliche in der Sitzung vertretenen 48 Staaten sich für die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund aussprachen. Der Vorsitzende erklärte daraufhin unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß die Türkei Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Mit großem Beifall wurden sodann die im Saale anwesenden Vertreter des neuen Mitgliedsstaates, der Gesandte der Türkei in Bern, Kemal Rönü Bei, und der Delegierte der Türkei bei der Abrüstungskonferenz, Necmetti Sabit Bei, von der Versammlung begrüßt. Der türkische Delegierte Radolnig Bei erklärte, daß die Türkei es als ihre Ehrenpflicht ansehe, an den hohen Idealen des Völkerbundes mitzuarbeiten.

Neues vom Sage

Dr. Srup Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 18. Juli. Auf Grund der Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Herr Reichsminister des Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Srup, zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Schwere Dynamitexplosion in Transoal

Rimbelen, 18. Juli. Bei einer schweren Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Naquassi (Transoal) drei Personen getötet, 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn zum „Goldbrand“ befördert wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die furchtbare Detonation wurde in weitem Umkreis gehört. Die 34 Wagen des Güterzuges wurden aus dem Gleis geworfen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 19. Juli 1932.

Sängertreffen des Nagoldganes in Holzbronn. Die Not der Zeit verbietet den kleineren Gauen Sängerveranstaltungen in großem Maßstab, und doch haben die Sänger eines Ganes von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, ihrer Freude am deutschen Lied gemeinsam Ausdruck zu verleihen. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Gedanke der Sängertreffen geboren, die zur Zeit da und dort veranstaltet werden. Sie bringen weder dem mit der Durchführung beauftragten Verein noch den einzelnen Sängern nennenswerte Kosten. Daß eine solche Veranstaltung ihren Zweck voll und ganz erfüllt, zeigte das am Sonntag, den 17. Juli in Holzbronn durchgeführte Sängertreffen des Nagoldganes, das bei der Gauversammlung im Mai beschlossen worden war. Etwa 400 Sänger des Ganes hatten sich in dem idyllisch gelegenen Ort zusammengefunden. In gemeinsamem Zug ging es zu einem reizenden Waldwinkel, wo bald ein junges, frohes Leben sich entfaltete. Nach einem gemeinsam gesungenen Chor begrüßte der Vorstand des Liederkranzes Holzbronn und der Ortsvorsteher die Gäste und gaben ihrer Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck. Der Gauvorsitz konnte 16 Sängern die Ehrenurkunde des Ganes für 20jährige Sängertätigkeit mit Worten des Dankes für ihre Treue überreichen: Hermann Luz, Heinrich Bühler (Liederkranz Altensteig); Hermann Wienz, Fritz Fren, Christian Hart, Johannes Huf, Hermann Käufer (Ber. Lieder- und Sängerkranz Nagold); Gottlieb Jellien, Friedrich Reinfelder, Andreas Ungericht, Karl Ungericht (Männergesangsverein Kottfelden); Johannes Efig, Georg Großhans, Gottlieb Nikolaus, Georg Koller, Friedrich Rothfuß (Liederkranz Holzbronn). Bei gemeinsamen Chören und Einzeldarstellungen der Vereine, die vom regen und erfolgreichen Gesangsleben im Gau Zeugnis ablegten, verließen die Stunden des Zusammenseins rasch. Der Gau und der Liederkranz Holzbronn dürfen mit Genugtuung auf diesen Nachmittag zurückblicken.

Kauf deutsches Gemüse und Obst! Die deutschen Obst- und Gemüseerzeuger liefern jetzt Erdbeeren, Kirschen, Stachelbeeren, Kopfsalat, Gurken, Radieschen, Rettiche, Kohlrabi, Birling, Rot- und Weißkraut, Blumenkohl, Spinat, Spargel, Rhabarber, Lauch, Sellerie, Petersilie, Schnittlauch, Karotten, Tomaten, Bohnen, Erbsen, rote Rüben, Zwiebeln. Die deutsche Hausfrau kann somit die Beköstigung ihrer Familie mit frischen deutschen Erzeugnissen abwechslungsreich und vorteilhaft gestalten.

Hinweis für Schweizreisende. Der Berner „Bund“ hat vor einigen Tagen darüber Klage geführt, daß die deutschen Grenzbehörden die neuen Vorschriften, wonach aus Deutschland in die Schweiz reisende Personen 700 RM. mitnehmen dürfen, noch nicht anwenden würden und daß sogar Personen, die gemäß dem Abkommen 700 RM. bei sich hätten, an den Grenzstationen 500 RM. gegen Quittung zurücklassen mußten. Wir erfahren dazu von Berliner zuständigen Stelle, daß es sich bei den 500 RM. vermutlich um solche Gelder handelt, die über die Grenze mitgenommen werden sollten, ohne daß dafür die Genehmigung der zuständigen Deutschen Bewirtschaftungsstelle vorlag. Diese Genehmigung ist nach wie vor notwendig. Sie wird aber im Hinblick auf die neuen Vorschriften für Schweizreisende anstandslos erteilt. Es empfiehlt sich daher für Schweizreisende, sich rechtzeitig diese Genehmigung bei ihrer zuständigen Deutschen Bewirtschaftungsstelle zu beschaffen.

Nagold, 18. Juli. (Autounfall.) Beim Bahnübergang an der Hatterbacherstraße kam ein Wagen in der Kurve ins Schleudern und überschlug sich. Die Insassen, ein Ehepaar, kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Wagen selbst wurde stark beschädigt.

Freudenstadt, 18. Juli. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Am Sonntagnachmittag gegen 1/3 Uhr, ereignete sich beim Bahnhof Friedrichstal-Eisenwert ein Verkehrsunfall beim Begegnen eines von Baiersbronn herkommenden Motor-



radfahrers und eines von Freudenstadt nach Baiersbronn fahrenden Glattener Kraftwagens. Der Motorradfahrer Ernst Schmeltzle von Baiersbronn fuhr dabei so heftig gegen einen Randstein, daß er kurze Zeit nach seiner Ueberführung ins hiesige Krankenhaus, etwa gegen 4 Uhr, verschied. Die Ermittlungen über die Schuldfrage sind im Gange.

Freudenstadt, 18. Juli. (Fremdenverkehr.) Die Halbjahresbilanz des Fremdenverkehrs weist ein befriedigendes Ergebnis auf. Kurztage wurde vom 1. Januar bis 30. Juni 1932 24 003 RM. eingenommen gegenüber 24 310 RM. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Neuenbürg, 17. Juli. Für die freigeordnete Ratschreibertelle waren 37 Bewerbungen eingegangen. Vier davon wurden in die engere Wahl gezogen. Gewählt wurde mit sämtlichen abgegebenen Stimmen Walter Schönberger, Verw.-Prakt. beim hiesigen Bezirkswohlfahrtsamt.

Neuenbürg, 18. Juli. (Todesfall.) Der älteste Bürger unserer Stadt und frühere Besitzer des Sägewerks Eisenfuth, Privatier Eugen Seeger, ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag im Alter von nahezu 90 Jahren verschieden. Der Verstorbene war eine in Stadt und Land wohlbekannte Persönlichkeit.

Herrenberg, 17. Juli. Auf dem Stiftockturm wird gegenwärtig die nicht ungefährliche Arbeit der Instandsetzung der Kupferbedachung vorgenommen. Diese Arbeit ist zum guten Teil dadurch verursacht worden, daß es in Herrenberg Schühen gibt, die auf den Kirchturm schießen. Durch jedes derartige Schußloch rinnt im Lauf der Jahre nicht unerheblich Regenwasser herein und beschädigt das Gebälk, vermindert auch die Lebensdauer des Turms und verursacht mindestens Reparaturkosten, die mit Hilfe der Kirchensteuer bestritten werden müssen.

Balingen, 18. Juli. (Ertz Ueberfall, dann Totschlag.) Ein durch allzu reichlichen Alkoholgenuß anscheinend außer Rand und Band geratener etwa 20 Jahre alter hiesiger Bursche zog einen stadtauswärtsfahrenden Hefinger jungen Mann bei der Kamerakamratstraße ohne jeden Anlaß von seinem Leichtmotorrad, verprügelte ihn, als er sich wieder in den Besitz seines Fahrzeugs setzen wollte, und fuhr schließlich mit dem Motorrad davon. Schon an der nächsten Straßenkreuzung kam er jedoch zu Fall. Sich dann nicht mehr um das Fahrzeug kümmernd, zog er sich in eine nahe Wirtshaus zurück. Dort fand ihn die von dem Ueberfallenen zu Hilfe gerufene Polizei in bewußtlosem Zustand auf. Der herbeigerufene Arzt veranlaßte seine Ueberführung ins Krankenhaus. Nach seiner Entlassung spielte er den wilden Mann; er gebärdete sich wie ein Tölpel und mußte von den anwesenden Mitgliedern der Sanitätskolonne in Zesseln gelegt werden.

Reihlingen O. A. Kottweil, 18. Juli. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl haben von 1504 Wahlberechtigten 1294 abgestimmt, wovon 85 Stimmen ungültig waren. Von 1209 gültigen Stimmen erhielten der seitherige Bürgermeister Hühler 884 Stimmen, also mehr als die Zweidrittelmehrheit, und der nationalsozialistische Gegenkandidat, Verwaltungspraktikant Max Pfänder, 320 Stimmen.

Schramberg, 18. Juli. (Dr. Wirth sprach.) Auf einer Rundgebung der Zentrumspartei erklärte Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth, der sehr heftige Angriffe gegen die Regierung von Bapen richtete, die Reichsregierung trage voll und ganz die Verantwortung für das Paulanner Abkommen. Ebenso seien diejenigen, die die Regierung Brüning unterminiert hätten, nicht davon freizusprechen. Der Sturz Brünings habe sehr viel politisches Vertrauen bei Männern und Frauen gekostet. Alle bisherigen Regierungen hätten sich ehrlich bemüht, der Reichswehr zu geben, was ihr gebühre. Aber die neuesten Vorkommnisse hätten jedes Vertrauen zu den maßgebenden Führern der Reichswehr genommen. Die Aufgabe des Zentrums sei nicht leicht. Aber sie werde gelöst werden. Wie die Zentrumspartei mit Bismarck fertig geworden sei, so werde sie auch mit Hitler fertig werden.

Schwenningen a. N., 18. Juli. (Betriebsumstellungen.) Die Uhrenfabriken Kienzle wollen ihre Zweigniederlassungen in Horb und in Fischeningen in Hohenzollern aufheben und sie mit dem Schwenninger Hauptbetrieb vereinigen. Wie man hört, soll die Anfertigung von Taschenuhren ausgenommen werden.

Stuttgart, 18. Juli. (Protest der Handelskammer.) Die von Bürgermeisteramt verfügte Erhöhung der Gemeindefumlage nötigt die Handelskammer Stuttgart zu höchstem Protest. Sie spricht die Ueberzeugung aller Kreise von Industrie und Handel aus, wenn sie erklärt, daß diese Erhöhung im jetzigen Augenblick weder geboten war noch sachlich zu rechtfertigen ist. Während die Reichsregierung sich seit Monaten zu dem Grundjah bekannt hat, daß keine neuen Steuern auf die Produktion mehr gelegt werden dürfen, weil sie sich auf schnellstem Wege in weiterer Arbeitslosigkeit und Steigerung der Wohlfahrtslasten auswirken müssen, hat man in Stuttgart das Gegenteil für richtig gehalten. Die Kammer erwartet, daß die Aufsichtsbehörde eine Möglichkeit findet, die mit ihrer Genehmigung erlangene Anordnung zu revidieren und die endgültige Beschlußfassung über den Umlagejah für das laufende Rechnungsjahr einer späteren Zukunft vorzubehalten.

Deutsch-russische Eisenbahnkonferenz. Bei der Reichsbahndirektion in Stuttgart tagt zur Zeit die 8. deutsch-polnisch-sowjetrussische Gütertarifkonferenz unter dem Vorsitz von Reichsbahnoberrat Dr. Schmidt-Breslau. Die Verhandlungen dienen dem weiteren Ausbau der Eisenbahntarife zwischen Deutschland und Sowjetrußland auf dem Wege über Polen. Im Hinblick auf den Abschluß des neuen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens, das am 10. Juni d. J. in Kraft getreten ist, kommt ihnen für die Wirtschaft der beiden Länder besondere Bedeutung zu.

Keine Klage beim Staatsgerichtshof. Zwischen den lüddentischen Länderregierungen haben in der Zwischenzeit Verhandlungen darüber stattgefunden, ob die zweite Notverordnung des Reiches, die das von meh-

reteren Ländern erlassene Uniform- und Demonstrationsverbot aufhob, durch eine gemeinsame Klage beim Staatsgerichtshof angefochten werden soll. Der württembergische Staatspräsident Holz hat auf Anfrage mitgeteilt, daß diese Verhandlungen bisher noch kein Ergebnis gezeitigt haben. Die Notverordnung des Reiches werde auch weiterhin lokal durchgeführt werden, wobei eine Nachprüfung ihrer Berechtigung selbstverständlich jederzeit vorbehalten bleibe.

Liebestragödie. Ein 22 Jahre alter Lantwart hatte sich am Sonntag morgen durch Einatmen von Gas das Leben genommen, offenbar aus Liebestummer, wie der Polizeibericht meldet. Am Sonntag nachmittag stürzte sich die Braut des jungen Mannes aus dem Fenster ihrer Wohnung. Mit schweren inneren Verletzungen wurde sie in ein Krankenhaus gebracht.

Reihlingen O. A. Urach, 18. Juli. (Zusammenstoß.) Zwischen Reihlingen und Reihlingen stieß am Sonntag abend ein Motorradfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Motorradfahrer erlitt einen Schädelbruch, der Beifahrer wurde vom Rad geschleudert, blieb aber unverletzt. Als das Unglück geschehen war, nahm der Fahrer des Personenkraftwagens Reißaus und ließ den Verletzten liegen. Seine Wagennummer wurde festgestellt.

Stems O. A. Urach, 18. Juli. (Brand.) Am Sonntag abend geriet das Wohn- und Oekonomiegebäude des Josef Maurer auf bisher noch ungeklärte Weise in Brand. Das Feuer nahm seinen Ausgang in der Scheuer, wo die erst in den letzten Tagen eingeführte Heuermie reichliche Nahrung bot. Das Feuer griff rasch auf das Wohnhaus über, das von den Bewohnern in aller Eile geräumt werden mußte. Das Anwesen ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Kornweilheim, 18. Juli. (Erhöhung der Umlage.) Nach eingehender Beratung in verschiedenen Sitzungen der Staatskommission und Vorberatung im Gemeinderat liegt der Haushaltsplan 1932 nunmehr auf. Zur Deckung des Abmangels von 1 207 000 RM. soll die Umlage von 11 auf 17 Prozent erhöht werden.

Großbottwar O. A. Marbach, 18. Juli. (Verlegung des Forstamts Beilstein.) Der Sitz des Forstamts Beilstein ist nach Großbottwar verlegt worden. Die neue Bezeichnung des Amtes ist: Forstamt Großbottwar.

Heilbronn, 18. Juli. (35 Randsiedlungen.) Der Stadtverwaltung sind vom Reich 57 500 RM. in Aussicht gestellt worden zur Erbauung von 35 Randsiedlungen.

Gerstetten O. A. Heidenheim, 18. Juli. (Blitzschlag.) Im unteren Ortsteil, unterhalb des Turmpfahes, schlug der Blitz in sechs Leitungsmasten, die wie Streichhölzer geteilt und zerplittert wurden. Splitter wurden bis zu 20 Meter fortgeschleudert. Ein Draht legte sich auf einen Baum, der sofort brannte.

Bannweil O. A. Reutlingen, 18. Juli. (Der neue Bürgermeister.) Bei der Bürgermeisterwahl am Samstag haben von 1293 Wahlberechtigten 1224 gleich 95 Prozent abgestimmt. Es erhielten Stimmen: Ratschreiber Janzinger-Eningen 688, seitheriger Bürgermeister Schäfer 531, Walter-Röfßingen 18, ungültig waren 8 Stimmen. Ratschreiber Janzinger ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Sigmaringen, 18. Juli. (Zusammenstoß.) In der Generalversammlung der Hohenz. Milchzentrale wurde von den anwesenden Vertretern von etwa 40 Milch- bzw. Rahmliefergemeinden einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Bei dem gegenwärtigen Stand ist ein Zusammenschluß der Milchzeuger und ihrer Vereinigungen sowie der Milch- und Verarbeitungsbetriebe unbedingt erforderlich. Sollte ein freiwilliger Zusammenschluß nicht erreicht werden, so muß ein Zwangszusammenschluß sofort in die Wege geleitet werden. Hauptziel des Zusammenschlusses soll sein: Ausgleich der Abnahmeverhältnisse für Trinkmilch und Wertmilch, Ausgleich der Milchpreise durch einen Preisausgleich und damit Verbesserung und Stabilisierung des gesamten Milchwirtschaftsgebietes in Hohenzollern und den dazu gehörenden Teilen von Württemberg und Baden.“ Die Landwirtschaftskammer hat dieser Forderung stattgegeben und bei dem Regierungspräsidenten entsprechenden Antrag gestellt.

Tettwang, 18. Juli. (Scharlachepidemie.) Wegen Scharlachkrankungen unter den Kindern sind die Schulen in Tannau und Medenbeuren geschlossen worden.

Tettwang, 18. Juli. (Ungewöhnliche Hochzeit.) Eine „grüne“ Hochzeit, wie sie nicht oft vorkommt, wurde am letzten Samstag hier vollzogen. Der Bräutigam war der 1888 geborene, also 76 Jahre alte Privatier Gebhard Sauter und die Braut war die Hilfsarbeiterin Paulin Schütterle, die 42 Jahre alt ist.

Pfaffenhofen O. A. Bradenheim, 18. Juli. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestrigen Ortsvorsteherwahl haben von 659 Stimmberechtigten 596 abgestimmt. Es erhielten: Amtsverweser Klent 298, Schmid-Bradenheim 295 Stimmen. Somit ist Amtsverweser Klent gewählt.

Heilbronn, 18. Juli. (Vater schießt auf Tochter.) Am Sonntag hat der verheiratete Buchbinder Gustav Ehrle auf seine 20 Jahre alte Tochter Helene einen Schuß aus einer Selbstlade-Pistole abgegeben. Das Mädchen wurde in den Leib getroffen und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Anlaß der Tat war ein Vorhalt der Tochter wegen der Trunkenheit des Vaters.

Urach, 18. Juli. (Unwetter über dem Ermtal.) Am Samstag abend zogen mehrere Gewitter über das Ermtal. Nahezu eine halbe Stunde lang goß es in Strömen und bald waren die Straßen, besonders in Dettingen, in reißende Bäche verwandelt. Die Felder gleichen zum großen Teil einer gewaltnen Fläche.

Mehrstetten O. A. Münsingen, 18. Juli. (Blitzschlag in eine Scheune.) Bei dem Gewitter am Samstag abend schlug der Blitz in die Feldscheune des Burkhardt zum Lamm und zündete, so daß sie bis auf den Grund niederbrannte. Einige Fahrnis konnte gerettet werden.

Neu-Ravensburg O. A. Wangen, 18. Juli. (Das Unwetter forderte ein Todesopfer.) Während des starken Unwetters, das am Freitag über das Allgäu hinwegging, wurde im nahen Mindbuch ein mächtiger Baum entwurzelt und über die Straße geworfen. Kurze Zeit darauf passierte der Chauffeur Franz Riedesser, Sohn des Bäckermeisters in Neu-Ravensburg, mit seinem Motorrad diese Stelle. Im Dunkel der Nacht scheint er das Hindernis nicht rechtzeitig bemerkt zu haben. Er fuhr gegen den quer über der Straße liegenden Baumstamm und stürzte so unglücklich, daß er mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen im Sanitätsauto ins Krankenhaus Wangen verbracht werden mußte. Dort ist er am Samstag verschieden.

Friedrichshafen, 18. Juli. (Im See ertrunken.) Am Samstag stattete die 2. Kompanie der 5. Kraftfahr-Abteilung Urm der Stadt einen Besuch ab. Mannschaften der Kompanie suchten das Strandbad auf, unter ihnen auch Oberfeldwebel Andreas Kraus. Die Truppe kehrte abends nach Urm zurück, nachdem Kraus schon vorher vermißt worden war. Von Urm aus angestellte Rückfragen haben ergeben, daß Kraus zuletzt im Strandbad gesehen worden ist. Sonntag früh wurden sofort Nachforschungen angestellt. In einer Kabine fand sich die Uniform des Vermißten und bald darauf bemerkte man im Wasser die Leiche. Kraus dürfte sich beim Schwimmen zu weit hinausgewagt haben.

Bom bayerischen Allgäu, 18. Juli. (Weil die Söhne oen Vater schlugen.) Zwischen dem 57 Jahre alten Landwirt Donat Schlier in Lenggenwang und seinen Söhnen kam es seit der Wiederverheiratung des Vaters wiederholt zu Streitigkeiten, in deren Verlauf die Söhne den Vater sogar mit Schlägen traktierten. Aus Gram darüber brachte sich der Mann einen Schuß in den Kopf bei, der den Tod herbeiführte.

Aus Baden

Konnenweiler (Amt Lahr), 18. Juli. (Großmühle abgebrannt.) Die Mühle des Wilhelm Rubin, eine der größten im Lahrer Bezirk, wurde letzten Freitagabend zum größten Teil in Raub der Flammen. Der Brand breitete sich außerordentlich rasch auch auf das angebaute Wohnhaus aus. Der Schaden ist groß, da auch die gesamte Mühleinrichtung verbrannt ist.

Bericht der Handelskammer Calw

Am letzten Dienstag hielt die Handelskammer Calw auf dem Rathaus zu Herrenberg unter Vorsitz des Herrn Direktors E. Sannwald, Calw, eine öffentliche Sitzung ab. Aus der Zahl der Beratungsgegenstände mögen folgende hervorgehoben sein:

Das Problem des Kraftverkehrsmonopols. Wie bekannt, steht der Kraftwagen zur Zeit stärker denn je im Wettbewerb mit der Eisenbahn. Die Verhältnisse sind so unhalbar geworden, daß durch Notverordnung vom 6. 10. 1931 der Verkehr gemacht worden ist, wenigstens den Verkehr über die 50 Kilometer-Freigrenze hinaus den Tarifen der Reichsbahn anzupassen und auf diese Weise den Hauptwettbewerb zu unterbinden. Man kann aber heutzutage schon sagen, daß dieser Versuch mißlungen ist, hauptsächlich deshalb, weil eine Kontrolle der Kraftfahrzeuge beinahe unmöglich erscheint. Die Reichsbahn hat daher im Plan, ebenso wie sie es für die Reichsbahn und Reichspost hat, so auch für den Kraftverkehr, sich selber ein Monopol zu verschaffen. Die Gründe für und wider wurden eingehend dargelegt und erörtert. Wenn auch die Gründe für ein solches Monopol anerkannt wurden, namentlich der, daß man die Reichsbahn als Inhaberin eines großen Teils des Volkswirtschaftsmögens überhaupt unterstützen müsse, waren die Bedenken gegen den Plan eines solchen Monopols doch weit stärker. Die Reichsbahn hätte sich schon längst der neu aufkommenden Konkurrenz bemußt sein müssen. Es sei auch im Interesse der Wirtschaft gelegen, wenn die Reichsbahn nicht allein die Preise diktieren dürfe, sondern einen starken Konkurrenztonen neben sich habe. Die Reichsbahn hat es auch unterlassen, sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anzugleichen. Vom Standpunkt der Wirtschaft aus mußte daher die Kammer zur Ablehnung des Monopolgedankens im Kraftverkehr kommen.

Der Sachler berichtet über den Entwurf zu einem Reichskurortgesetz. Mögen auch manche Gedanken in dem Gesetz enthalten sein, die brauchbar und zweckmäßig erscheinen, so kam die Kammer zu einer grundsätzlichen Ablehnung dieses Gesetzesentwurfs schon aus dem Grund, weil es unmöglich sei, die ganz verschiedenen Verhältnisse der Kurorte, Bäder und dergleichen innerhalb des deutschen Reiches einheitlich zu regeln. Diese Bedürfnisse zu erfüllen ist vielmehr einzig und allein Sache der Länder und Gemeinden selbst. Sie muß sich hauptsächlich auf drei Punkte erstrecken: Auf die Bekämpfung des Lärms, insbesondere durch die Motorräder, auf ein Verbot politischer Demonstrationen (ein solches ist von Freudenstadt in den letzten Tagen schon durch den Gemeinderat erlassen worden) und hauptsächlich in der Beseitigung der Knebelvorschriften bezüglich des Arbeitszeitgesetzes. Wenn diese drei Punkte erfüllt wären, würde dem, was die Kurorte und Bäder brauchen, in weitem Umfange gebiet sein.

Der Geschäftsführer berichtete sodann über schwebende Steuerfragen, namentlich über die zur Zeit wieder angeregte Frage des dreijährigen Durchschnitts der Gewerbesteuerberechnung. Es ist kein Zweifel, daß heutzutage in der Zeit sinkender Konjunktur die Berechnung des dreijährigen Durchschnitts ungerecht wirkt insofern, als die Steuern aus Erträgen bejaht werden müssen, welche schon jahrelang zurückliegen. Obwohl sich die Kammer bewußt ist, daß diese Steuererhebung heutzutage hart und vielleicht auch ungerecht wirkt, besteht doch allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß es unrichtig wäre, das System des dreijährigen Durchschnitts heute anzugreifen. Bei einer steigenden Konjunktur, an die man wohl glauben darf, wird die Wirtschaft zweifellos wieder den Vorteil von dieser Durchschnittsberechnung haben. Ebenso stellt sich die Kammer auf den Standpunkt, daß die Aufhebung der Umsatzsteuerfreigrenze, wie sie durch die letzte Notverordnung angeordnet wurde, durchaus richtig war, und daß keinerlei Berechtigung dafür besteht, unter heutigen Verhältnissen die kleinen Umsätze von der Steuer gänzlich zu befreien.

Herr Riethammer, Herrenberg berichtete sodann über Einzelhandelsfragen, wie sie in den letzten Monaten zur Besprechung gestanden sind. Ueber die Frage der Regelung von Sonderveranstaltungen über die Anpassung der Saison- und Schlussverkaufstermine in Württemberg, Baden und Bayern bezüglich dieser Termine ist gerade in den Grenzgebieten eine Unruhe im Einzelhandel entstanden, weil die badischen Nachbarländer ihre Ausverkäufe meist etwas früher beginnen, als es in Württemberg möglich ist. Trotdem kann aber von der nunmehr einheitlich festgelegten Regelung für ganz Württemberg bezüglich der Ausverkaufstermine nicht abgegangen werden, insbesondere auch nicht zu Gunsten der Kurorte und Bäder. Es wird

aber der Versuch gemacht werden, die badischen Grenzstädte zur möglichen Angleichung an die württembergischen Termine zu veranlassen.

25 Parteien in Württemberg

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Wahlkreisleiters, Regierungsrat Dr. Feber, fand am Montag im Württ. Innenministerium eine Sitzung des Kreiswahlausschusses statt, um über die Festsetzung der einereichten Kreiswahlvorschläge für Württemberg und Hohenzollern Beschlüsse zu fassen.

- 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Württ. und Hohenz. Zentrumspartei.
5. Deutsche Volkspartei.
6. Wirtschaftspartei.
7. Deutsche Demokratische Partei Württembergs und Hohenz.
8. und 10. fallen für Württemberg weg.
9. und 11. fallen für Württemberg weg.
11a. Christlich-Sozialer Volksdienst, und angeschlossene
11b. Volkrechtspartei.
12. Deutsche Bauernpartei.
13. fällt für Württemberg weg.
14. Bauern- und Weinbauernbund.

Koch keine Kammer erhielten:
Bandwirte, Haus- und Grundbesitzer; Anschließerkärung an die NSDAP.
Arbeiter- und Bauernpartei; Anschließerkärung an SPD.
Radikaler Mittelstand; Anschließerkärung an DAVP.
Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten; Anschluß an SPD.
Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbote.
Kampfgemeinschaft der arbeitenden Bauern.
Deutsche Sozialistische Kampfbewegung.
Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer; Anschließerkärung an NSDAP.
Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegeshinterbliebene; Anschließerkärung an NSDAP.
Nationalsozialistischer enteigneter Mittelstand; Anschließerkärung an NSDAP.
Nationalsozialistische Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende; Anschließerkärung an NSDAP.
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Wahlvorschlag der Demokratischen Partei
Stuttgart, 18. Juli. Der Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs für die Reichstagswahl lautet: Dr. Theodor Heuss, leitender Reichstagsabgeordneter; Dr. F. Brudmann, Fabrikant, Heilbronn; Lucie Krauß, Gewerbesekretärin, Stuttgart; Dr. Fritz Mauthe, Fabrikant, Landtagsabgeordneter, Schwemtingen a. N.; Johannes Fischer, Landtagsabgeordneter, Stuttgart; Robert Schneider, Spenglermeister und Stadtrat, Ulm; Rudolf Vinkenbeil, Vermessungsrat, Schwabmünchen.

Meine Nachrichten aus aller Welt

Amtsenthaltung eines sozialdemokratischen Schulrats in Neckenburg. Der nationalsozialistische Unterrichtsminister Dr. Schwarz hat heute vormittag dem sozialdemokratischen Landesführer und Regierungsrat Rudolf Puls mitgeteilt, daß die neue Regierung auf seine weitere Beschäftigung zu verzichten beabsichtige.

Am Hochfalter abgestürzt. Zwei Nürnberger Kaufleute kürzten bei einer Besteigung der schwierigen Nordwand des Hochfalters von der Scharten Spitze ab. Sie waren sofort tot.

Drei Fischer ertrunken. In Rowe (Kreis Stolp) wurden drei Fischer von einer plötzlich aufkommenden Gewitterböe überrascht. Das Boot schlug um, und die Insassen, die Fischer August Pold, Herbert Wegner und Fritz Kirz, fanden den Tod in den Wellen.

Drei Todesopfer durch Blizschlag. Im Kreise Fraustadt wurden bei einem schweren Gewitter zwei Arbeiter auf dem Felde bei der Erntearbeit durch Blizschlag getötet. Bei Neustrung wurde der Arbeiter Lange, der beim Mähen beschäftigt war, und auf einem Fuhrwerk aus Ustitzung der 30jährige Gutsbesitzer Fritz Laube vom Bliz getroffen.

Attentatsversuch auf den finnischen Verteidigungsminister. Auf den finnischen Verteidigungsminister wurde ein Attentatsversuch ausgeführt, der jedoch nicht gelang. Vier Männer drangen in das Landhaus des Ministers in Lappeo ein und gaben mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab, die fehlgingen. Nach diesem erfolglosen Versuch flüchteten die Täter. Drei von ihnen entkamen, während der vierte festgenommen werden konnte.

Marga von Ehdorf in Berlin gelandet. Die Ostasiensiegerin Marga von Ehdorf, die in Wien zum Rückflug gestartet war, traf am Montag nachmittag 5 Uhr auf dem Berliner Flughafen ein. Fünf Sportmaschinen waren ihr zur Begrüßung entgegengeflogen.

Kartoffelkäfer bei Frankfurt festgestellt. Der gefährliche Kartoffelkäfer wurde in einem Kartoffelstück zwischen Frankfurt und Offenbach festgestellt. Die Larven wurden sofort den bedürftlichen Stellen überhandt und die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Buntes Allerlei

Eine lustige Grabinschrift

Der einst so gefeierte Schauspieler Fritz Bedmann, ein hervorragender Komiker am Burgtheater in Wien, liebte es, sich als passionierter Jäger zu betätigen, obwohl er nie etwas traf. Er war ein sehr gefühlvoller Mann. Sein Biograph sagt von ihm, daß sein Charakter so weich war, wie der Ton seines Vaters Werkstätt, der Töpfer war. In Würdigung solcher Tierfreundlichkeit, wie sie aus seiner ergiebigen Wildschauung sprach, widmete der Bühnenschriftsteller Friedrich Keller dem großen Juchersellerschütterer an einem lustigen Versammlungabend die folgende Grabinschrift:

„Wanderer, ziehe deine Mütze,
Hier ruht ein Komiker und Schütze
In diesem kalten, finstern Loch,
Die Mütze, die er sagte,
Die haben, die er jagte —
Sie leben alle noch.“

Des Königs Windspiel und Beamten-Belohnung
Nach dem Siedenzährigen Krieg sah es schlimm aus in den Staaten des großen Königs von Preußen. Es war kein Geld da, und Friedrich hielt mit eiserner Hand den Staatsfidel

zu. Er mahnte überall zu äußerster Sparsamkeit und war auch selbst sparsam bis zum Geiz. Nur seinen Hunden, seinen geliebten Windspielen gegenüber galt die Sparsamkeitsmaßnahme nicht. Und wenn sie den größten Schaden anrichteten, drückte Friedrich ein Auge zu. Sie waren immer um ihn und erhielten die besten Bissen von der königlichen Tafel. Eines Tages war der König im Begriff, an den Landrat Hübner in Sietlin zu schreiben. Er wollte dem verdienten Beamten, den er auch wegen seiner Rechtschaffenheit hochschätzte, seine wohlwollende Zufriedenheit zu erkennen geben und ihm als Beweis ein Geschenk zuwenden. Der Brief an Hübner war fertig, nur über den Betrag konnte Friedrich nicht mit sich ins reine kommen: 100 Goldgulden war entschieden zu hoch, auch 50 — — Aber als König konnte er einem Landrat nicht gut weniger anbieten. Oder doch? Warum schließlich nicht? 40 Friedrichsdors, das sah auch sehr gut aus! Friedrich war im Begriff, diese Zahl in den Brief an Hübner einzusetzen, da wurde die Tür geöffnet, und der Jäger, der mit der Pflege der Hunde betraut war, brachte das freilich lauter gute Sachen, in einer großen Schüssel. Kaum hatte der Jäger die Schüssel auf den Boden gestellt, da sprang Diana, das jüngste Windspiel, mit einem Satz vom Sofa und brachte mit schnellem Zugriff ein gebratenes Huhn an sich. Wieder einige Sätze, und Diana hatte ihre Beute auf Friedrichs Schreibtisch in Sicherheit gebracht und gerade auf den Brief niedergelegt. Das Papier tröpfelte von Fett, aber der König lachte nur: „Diana, du erinnerst mich, daß ich den Brief fettmachen sollte, du bringst mich um Geld. Fort, Diana, herunter!“ Er nahm die Feder und setzte „100 Friedrichsdors“ in den Brief ein. Dann machte er eine Nachschrift: „Meine Diana hat mich ermahnt, daß der Brief fett sein soll und muß, wie er steht. Also nehme er die befolgende Summa von seinem wohlgeleiteten König.“

Beste Nachrichten

Nicht Nationalsozialisten an einem Tag ermordet
Berlin, 19. Juli. Der letzte Sonntag forderte viele Blutopfer von der nationalsozialistischen Partei. Sie hat acht Tote und eine sehr große Zahl Schwerverletzte und Verletzte zu beklagen.

Explosionsunglück in Zürich — Vier Schwerverletzte
Zürich, 19. Juli. In einem hiesigen chemischen Laboratorium ereignete sich gestern eine heftige Explosion. Drei Angestellte der Firma wurden schwer verletzt. Ein Postbote, der im Augenblick der Explosion vorüberfuhr, wurde von seinem Kabe geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

Schweres Unwetter über Italien
Rom, 18. Juli. Wolkenbruchartiger Regen, Hagelschlag und Gewitter haben in vielen Gegenden Italiens schweren Schaden angerichtet. Bei Pisa hatten die Regengüsse die Dämme mehrerer Eisenbahnanlagen unterspült, so daß der Verkehr unterbrochen werden mußte. Die Flüsse führen Hochwasser. Bei Trient sind zwei Brücken fortgerissen worden. In den Abruzzen hat ein schwerer Hagelschlag großen Schaden angerichtet.

Gestorben
Reubengrüt: Susanne Falmon geb. Lutz, 78 J. a.
Ragold: Anna Marie Riemp geb. Buh.
Reinerzau: Anna Maria Haberer geb. Heingelmann, 65 Jahre alt.
Wach: Elisabeth Lutz geb. Stoll, 60 J. a.

Naturnahliches Wetter für Mittwoch
Der Tiefdruckeinfluß hat sich abgeschwächt. Für Mittwoch ist zeitweilig aufheiterndes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Neuweller.
Am Donnerstag, den 21. Juli 1932 findet hier
Krämer-, Vieh- und
Schweinemarkt
statt, wozu Einladung ergeht.
Der Gemeinderat.

Butterbergament = Papier
empfiehlt die
Buchhandlung Lauf, Altensteig.

Tierhalter
und erfahrene Landwirte
Zur Aufzucht und Mast, Anregung der Freiluft,
Stärkung der Knochen gehört nur
„Badenia“ Viehlebertran - Emulsion
„ Fütterkalk
„ Kälbernährmehl
Heinrich Bauer, Mannheim Bert M 7. 22
Niederlage: Apotheke von Th. Schiller, Altensteig
Verkaufspreise:
„Emulsion“ Originalhämmchen 1/2 Kg. M. 1.10
Doppelhämmchen 1 Kg. M. 1.70
offen per Liter M. 1.20
Fütterkalk Säckchen mit 2 1/2 Kg. Inhalt M. 1.80
Kälbernährmehl „ „ 5 Kg. „ M. 3.—

Altensteig
Neues Delikatess-
Sauertrant
ist eingetroffen bei
Chr. Burghard jr.
Zuverl. Person
für dort. Bezirksfiliale als
Generalvertreter ges. hoh.
dauernd. Verd. Beruf gl.
(kostenlos)
Gehring & Co. G. m. b. H.
Unkel Rhein 2018

Kammerjäger Fland kommt
die nächsten Tage nach hier
und Umgebung und vertilgt
Bangen, Ratten, Mäuse,
Schwaben, Ruffen, Ameisen
sowie sonstiges Ungeziefer unter
christlicher Garantie. Best.
bitte gefl. durch die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Auf ins Zelt!-
So möchte man jedermann zurufen, denn
es ist eine einzigartige Gelegenheit über
wichtige Lebensfragen Aufschluß zu er-
halten. Der Redner versteht es vorzüg-
lich volkstümlich und überzeugend zu
sprechen, sodaß jeder Zuhörer von der
Wordarbitung angenehm berührt ist.

Balmühle Gde. Hornberg.
Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen Gatten,
unseren guten Vater, Großvater und Bruder
Friedrich Wurster
im Alter von nahezu 81 Jahren nach kurzer Krankheit zu sich in
die ewige Heimat abzurufen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die trauernde Gattin Barbara Wurster geb. Seeger
mit ihren Angehörigen.
Beerdigung Mittwoch nachmittag 1 Uhr. Abgang 1/2 1 Uhr von der
Balmühle.

Oberweiler — Fünfbronn.
Wegen einem Trauerfall findet unsere Hoch-
zeitsfeier erst am Dienstag, den 26. Juli 1932
statt.
Friedrich Gauß Anna Wurster
Sohn des Tochter des
† Martin Gauß † Friedrich Wurster
Landwirt Landwirt
Oberweiler Zuberhof-Fünfbronn